



Karl Arnold

(1901–1958)



Eine Ausstellung der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Archiv für Christlich-Demokratische Politik
Rathausallee 12 · 53757 Sankt Augustin
www.kas.de

Konzeption und Gestaltung:
Dr. Brigitte Kaff

Fotos: ACDP, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf,
Landtagsarchiv und Stadtarchiv Düsseldorf,
Rheinische Post, AP, dpa, Keystone

Graphische Gestaltung
und Herstellung:
Gottschalk-Graphik
Gesellschaft für Werbung
und Öffentlichkeitsarbeit mbH
Luisenstraße 14a · 53604 Bad Honnef



Karl Arnold – Herkunft und Familie

1901, 21. März

Karl Arnold wird in Herrlishöfen bei Biberach an der Riß als Sohn des Landwirts Johann B. Arnold geboren

1919

Gesellenprüfung als Schuhmacher

1920/1921

Lehrgang an der „Sozialen Hochschule, Leohaus“ in München

1921

Angestellter des Christlichen Lederarbeiterverbandes in Düsseldorf

1924

Sekretär des Düsseldorfer Bezirkskartells der Christlichen Gewerkschaften

1929–1933

Stadtverordneter, ab 1931 stellv. Fraktionsvorsitzender (Zentrum)

ab 1933

Mithaber eines Installationsgeschäftes; Arnold gehörte zu einem Widerstandskreis christlicher Regimegegner in Düsseldorf

1944, 23. August

Im Zuge der Aktion „Gewitter“ von der Gestapo verhaftet

1945

Mitgründer der CDP/CDU Düsseldorf; Mitgründer der Einheitsgewerkschaft

1945

Mitglied des „Vertrauensausschusses“ und des von der Besatzungsmacht ernannten Stadtrates in Düsseldorf

1945–1948

Vorsitzender der CDU-Düsseldorf

1946, 29. Januar

Wahl zum Oberbürgermeister

1946–1948 Stadtverordneter

1946–1958

Mitglied des Landtags NRW

1946, Dezember–1947, Juni Stellvertretender Ministerpräsident

1947, 17. Juni

Wahl zum Ministerpräsidenten, Regierungskoalition aus CDU/Zentrum/SPD/KPD

1949–1950

Bundesratspräsident

1950, 27. Juli

Wahl zum Ministerpräsidenten, Regierungskoalition aus CDU/Zentrum

1954, 27. Juli

Wahl zum Ministerpräsidenten, Regierungskoalition aus CDU/Zentrum/FDP

1956, 20. Februar

Sturz von Ministerpräsident Arnold durch konstruktives Mißtrauensvotum der SPD und FDP

1956, 28. April

Stellvertretender Parteivorsitzender der CDU

1957, 15. September

Mitglied des Bundestages (Wahlkreis Erkelenz/Jüchen)

1958, 3. Mai

Vorsitzender der Sozialausschüsse der CDU/CSU

1958, 29. Juni

Eine Woche vor der Landtagswahl in NRW stirbt Karl Arnold in Düsseldorf.



1 Oberbürgermeister Karl Arnold, 1946.

2 Ministerpräsident Karl Arnold, 1954.

3 Karl Arnold mit Frau Liesl und Kindern, Gottfried, Hildegard und Margret, 1958.

4 Begräbnis Karl Arnolds auf dem Düsseldorfer Südfriedhof, 3. Juli 1958; im Trauerzug Familie Arnold, li. außen Konrad Adenauer.

Politischer Neubeginn



Karl Arnold war schon vor 1933 als Bezirksvorsitzender der Christlichen Gewerkschaften (DGB) und Stadtverordneter (Zentrum) ein bekannter Kommunalpolitiker in Düsseldorf.

Während der Hitler-Diktatur gehörte er, zusammen mit dem ehemaligen Stadt-syndikus Walther Hensel und dem abgesetzten Oberbürgermeister Robert Lehr, zu einem überparteilichen Widerstandskreis in Düsseldorf, der über eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung nach Beseitigung Hitlers sowie eine interkonfessionelle Volkspartei beriet.

Unmittelbar nach Kriegsende setzte sich Arnold in Düsseldorf für die Gründung einer christlichen Volkspartei ein, um die politische Spaltung der Konfessionen und den Klassenkampf zu überwinden.



Er engagierte sich auch für die Bildung der Einheitsgewerkschaft, die die politische Bedeutung der Arbeiterschaft stärken sollte.

Die britische Besatzungsmacht betraute Arnold gleich 1945 mit politischen Funktionen: Er wurde Mitglied des Düsseldorfer „Vertrauensausschusses“ bzw. der ernannten Stadtverordnetenversammlung, des ernannten Landtages, stellvertretender Ministerpräsident im zweiten Kabinett von Rudolf Amelunxen sowie Lizenzträger der „Rheinischen Post“.

Als Oberbürgermeister hatte er vor allem für das Überleben der Bevölkerung zu sorgen, die drängenden Versorgungsprobleme zu lösen und die durch die Kriegszerstörungen bedingte Notlage zu mildern. Wiederholt appellierte er an die Besatzungsmacht um Mithilfe.

CDU

„Eine politische Gemeinschaft, die Christlich-Demokratische Partei, wollen wir bilden. Eine Partei also, die auf christlicher und demokratischer Grundlage beruht und die eine große politische Sammlung der katholischen und evangelischen Christen und aller derer sein will, die sich zu den bildenden Kräften der abendländischen Kultur und zu den besten Überlieferungen deutscher Tugenden bekennen.“
(K. Arnold, Düsseldorf, 24.11.1945)

- 1 Rede Arnolds vor Christlichen Metallarbeitern, Düsseldorf Tageblatt vom 18. Februar 1932.
- 2 Rede von OB Arnold vor DGB, 1. Mai 1946.
- 3 Oberbürgermeister Arnold beim Schutträumen, 1946.
- 4 Aus „Gründungsaufruf der Christlichen Volkspartei Düsseldorf“, April 1945.
- 5 CDU-Beitrittserklärung von Karl Arnold.
- 6 Überreichung der Amtskette durch Oberstadtdirektor Kolb, 29. Januar 1946.
- 7 CDU-Versammlung im Straßenbahndepot, Düsseldorf, 12. Mai 1946; am Rednerpult: Konrad Adenauer, li.: Karl Arnold, Josef Gockeln.
- 8 OB Arnold weiht eine Gedenktafel für die zerstörte Synagoge (Kasernenstraße) ein, 9. November 1946.



An die Bevölkerung Düsseldorf!

Der Nationalsozialismus, die organisierte Macht des Antichrist, die Macht der Vergewaltigung von Recht und Gewissen, von menschlicher Freiheit und persönlichem Leben, ist zerschlagen. Hitler und seine Hänglinge haben keine Gewalt mehr über unser Volk. Noch völlig unabsehbar ist das Unglück, das ihre Raserei über Deutschland und Europa gebracht hat. Finster verhangen ist Deutschlands Zukunft. Schaudernd stehen wir vor der Frage: Wie konnte es geschehen, dass aus dem Schosse deutschen Lebens Tyrannei, Ungeist und Gewaltvergötterung hervorgegangen und zu den beherrschenden Mitteln der Staatspolitik geworden sind? Wie war es möglich, dass an Stelle der Wahrheit das Fratzen Gesicht der öffentlichen Lüge und Heuchelei getreten ist? Noch können wir vieles nicht fassen, aber jeder Schritt in die Zukunft wird uns zu tieferem Begreifen führen.

Die Hakenkreuze sind gefallen. Unsere Aufgabe muss es sein, unerbittlich den Kampf zu führen gegen die geistige Pest, die der Nationalsozialismus in alle Lebensgebiete getragen hat.

Wir wollen unser deutsches Haus von allem geistigen Unrat reinigen.

Wenn wir ein Leben in Freiheit und friedlicher Ordnung erstreben, darf uns das Erlebte nicht lähmen. Der Blick muss nach vorwärts gerichtet sein. Wir sind entschlossen, in Sturm und Gewitter, in Not und Entbehrung die Fundamente freizulegen, auf denen ein neues gesellschaftliches und staatliches Leben aufgebaut werden kann. Hierzu bedarf es der Zusammenarbeit aller Kräfte in unserem Volk, die guten Willens sind.

Wir rufen daher auf zur Bildung einer politischen Gemeinschaft, die vorläufig den Namen tragen soll

Christliche Volkspartei Deutschlands

Alte Vorstellungen und Bindungen sind zusammengebrochen und überholt. Die Christliche Volkspartei hat daher den festen Willen, ihre Tore weit aufzustossen. In ihr sollen alle eine politische Heimat finden, die eine Staats- und Gesellschaftsordnung erstreben, die, auf demokratischen Grundsätzen aufgebaut, innere Richtung und Kraft aus den Werten des Christentums und aus den besten überlieferten Eigenschaften des Deutschland empfangt.

Christliche Volkspartei Deutschlands vorbereitender Ausschuss Düsseldorf.

(Karl Arnold) (Dr. Anton Betz) (M. H. Freiherr v. Gumpenberg)

177

Beitritts-Erklärung
zur
Christlich-Demokratischen Partei Düsseldorf

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur Christlich-Demokratischen Partei Düsseldorf und bitte um Zustellung der Mitgliedskarte. Es ist mir bekannt, daß die Aufnahme in die Partei nur vorläufig ist und über die endgültige Aufnahme später entschieden wird.

Ich verpflichte mich zur Zahlung eines Monatsbeitrages von RM. 5,-
einer Aufnahmegebühr von RM. 5,-
eines einmonatigen Aufbaubeitrages von RM. 20,-
Ich habe heute insgesamt RM. 30,- gezahlt.

Ah. d. 21. 11. 45. ertheile ich die Beiträge monatlich - vierteljährlich - halbjährlich - jährlich.

Düsseldorf, den 21. 11. 1945

171

1. Vor- und Nachname: Karl Arnold
2. Wohnung: Kasernenstr. 11
3. Familienstand: auf dem Weg zur Eheschließung
4. Beruf: ...
5. Alter: 44 Jahre
6. Konfession: kathol.

Beitragstabelle:

Bis einem Monatsbeitrag bis RM. 120,-	RM. 1,50
Bis einem Monatsbeitrag bis RM. 200,-	RM. 1,-
Bis einem Monatsbeitrag bis RM. 300,-	RM. 2,-
Bis einem Monatsbeitrag bis RM. 400,-	RM. 2,-
Bis einem Monatsbeitrag bis RM. 500,-	RM. 4,-
Bis einem Monatsbeitrag bis RM. 800,-	RM. 5,-
Bis einem Monatsbeitrag über RM. 800,-	RM. 7,-

Die Aufnahmegebühr beträgt drei Doppelte eines Monatsbeitrages



Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

Leitlinien für Karl Arnolds politisches Wirken:

Orientierung der Politik an christlichen Geboten und Sittengesetz

Festigung der Demokratie durch „Konzentration der politischen Kräfte“ und durch Gewinnung der Staatsbürger zur Mitarbeit – vor allem der Jugend

Soziale Gerechtigkeit – entsprechend der Tradition der Christlichen Gewerkschaften

Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Verteidigung der Freiheit

Zusammenarbeit der europäischen Staaten

Karl Arnold, erster gewählter Ministerpräsident in NRW, bildete 1947 ein „Notkabinett“ aus CDU, SPD, KPD und Zentrum, das auch nach der Entlassung der zwei Minister der KPD bis 1950 fortbestand.

Arnold, der auch 1950 eine große Koalition favorisierte, mußte dem Druck der CDU-Landtagsfraktion und Bundeskanzler Adenauers nachgeben und eine Regierung aus CDU und Zentrum bilden.

Im dritten Kabinett Arnold (1954) war neben CDU und Zentrum erstmals die FDP vertreten.

Aus der Regierungserklärung vom 17. Juni 1947

Vordringliche Aufgaben: Sicherstellung der Volksernährung, Neuordnung der Wirtschaft, Überführung der Grundstoffindustrie in Gemeinwirtschaft, Notwendigkeit der Bodenreform und Siedlungspolitik, Ende der Demontagen, Abgrenzung der Kompetenzen von Landesregierung und Besatzungsmacht, Verkleinerung der Verwaltung, Verabschiedung der Landesverfassung mit Garantie der Religionsfreiheit und des Elternrechts, Zugang zu höheren Schulen für alle Begabten.

Notlage

„Weil zuwenig Brot da ist, fördern wir nicht genug Kohle; weil die Kohle nicht ausreicht, produzieren wir zu wenig Kunstdünger und sonstige Produktionsmittel; weil Kunstdünger, Pflugscharen, ... u.a. fehlen, haben wir nicht genügend Getreide, und weil es an Getreide fehlt, haben wir zu wenig Brot.“
(K. Arnold, Berlin, 7.9.1947)

1 Sitzung des ernannten Landtags, Gesellei-Saal der Firma Henkel, März 1947; Regierungsbank v. li.: Ministerpräsident Amelunxen, Arnold (stellv. Ministerpräsident), Innenminister Menzel.

2 Arnold (stellv. Ministerpräsident) und Adenauer (Fraktionsvorsitzender) auf dem Weg zum brit. Deutschlandminister Lord Pakenham, 4. Mai 1947.

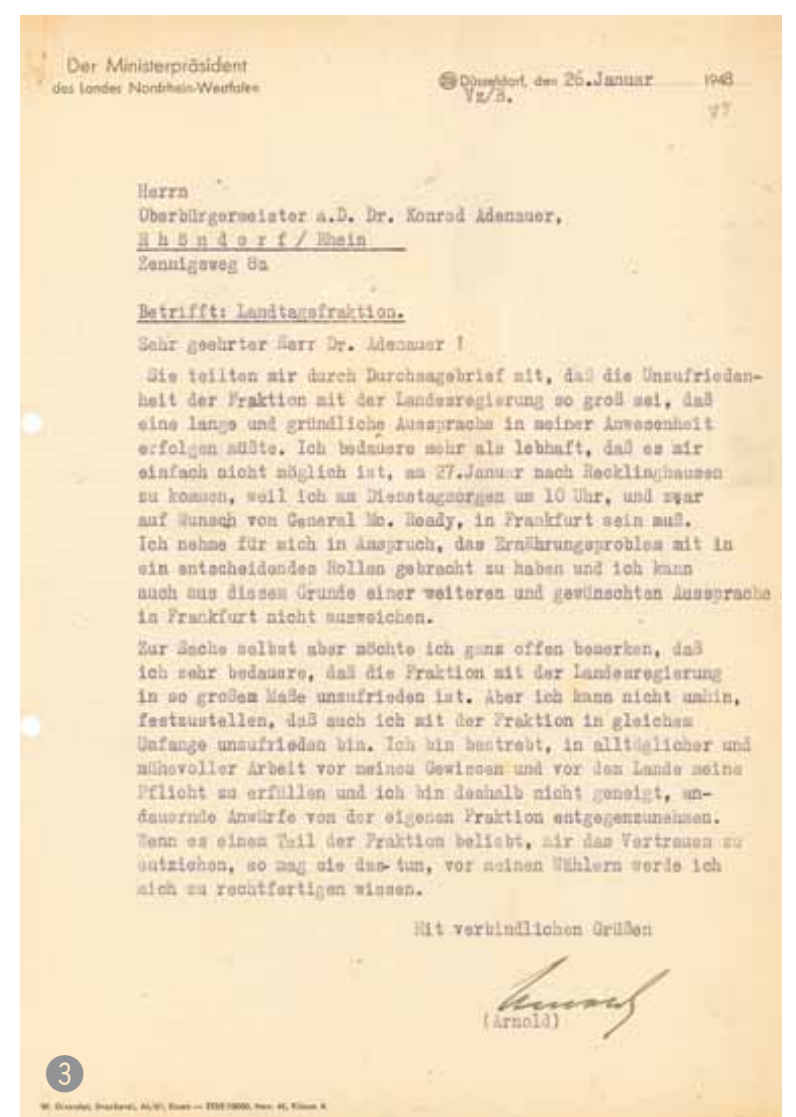
3 Brief von Ministerpräsident Arnold an Konrad Adenauer vom 26. Januar 1948.

4 Grenzlandbegehung, ca. 1949; Ministerpräsident Arnold (2. v. li.), Landwirtschaftsmin. Heinrich Lübke (4. v. li.).

5 Ministerpräsident Arnold bei der Einfahrt in eine Kohlengrube, ca. 1948.

6 Ministerpräsident Arnold (li.) verabschiedet den britischen Regionalkommissar, William Asbury (Mitte), Rudolf Amelunxen (re.), Okt. 1948.

7 1. Kabinett Arnold, 17. Juni 1947, v. li.: Weitz (Finanzen), Menzel (Inneres, SPD), Amelunxen (Soziales, Z), Ministerpräsident Arnold, Renner (Verkehr, KPD), Nölting (Wirtschaft, SPD), Paul (Wiederaufbau, KPD).



Weichenstellung in Nordrhein-Westfalen

Das Rhein-Ruhr-Gebiet war stärker als andere Landschaften von den Kriegszerstörungen betroffen. Auf Beschluß der Briten wurde im Juli 1946 aus zwei ehemaligen preußischen Provinzen das Land Nordrhein-Westfalen gebildet.

Karl Arnold war sich der besonderen Bedeutung Nordrhein-Westfalens, des wichtigsten Industriegebiets und bevölkerungsreichsten Landes in Westdeutschland und der Signalwirkung seiner Regierungsentscheidungen durchaus bewußt.

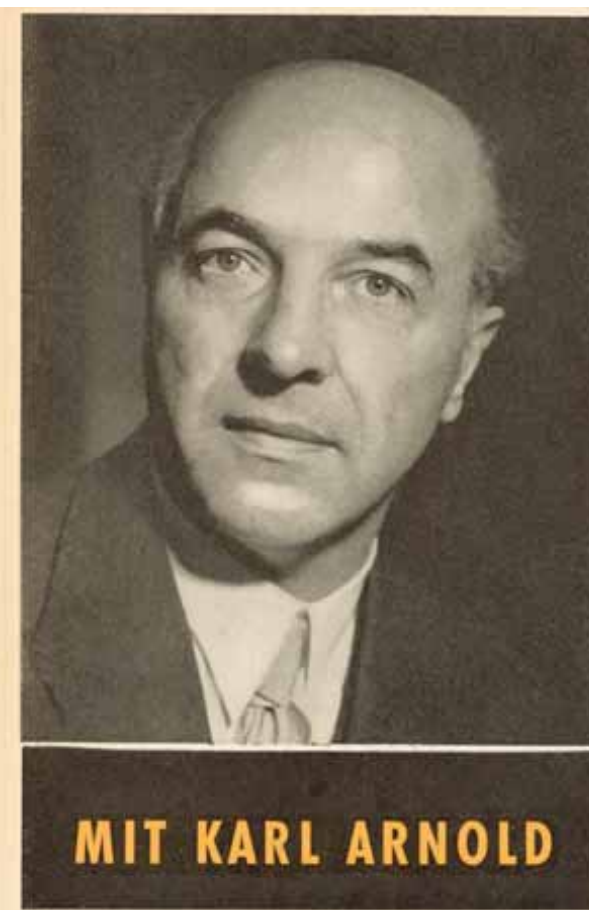
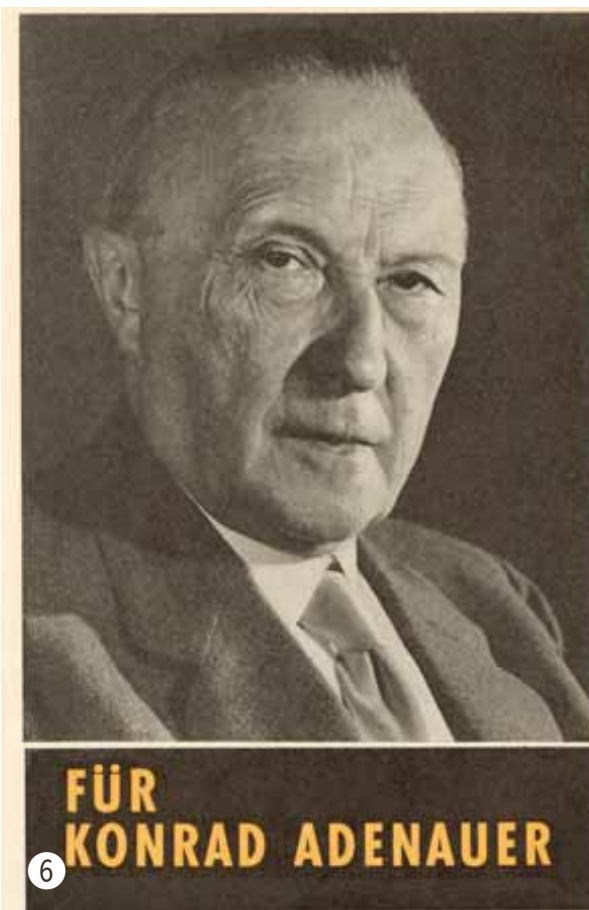
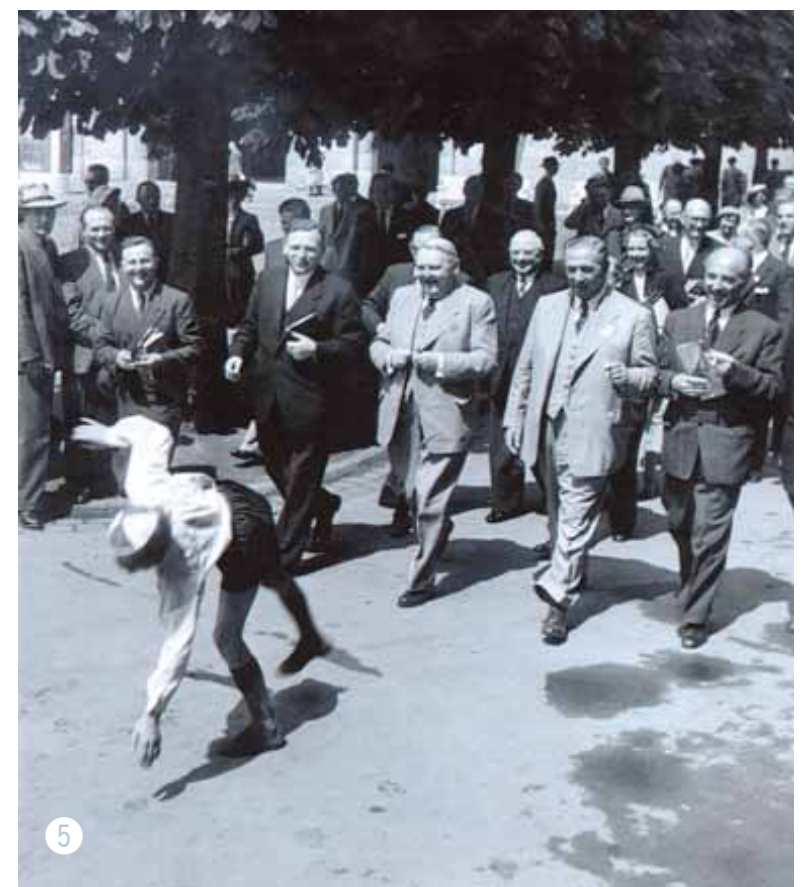
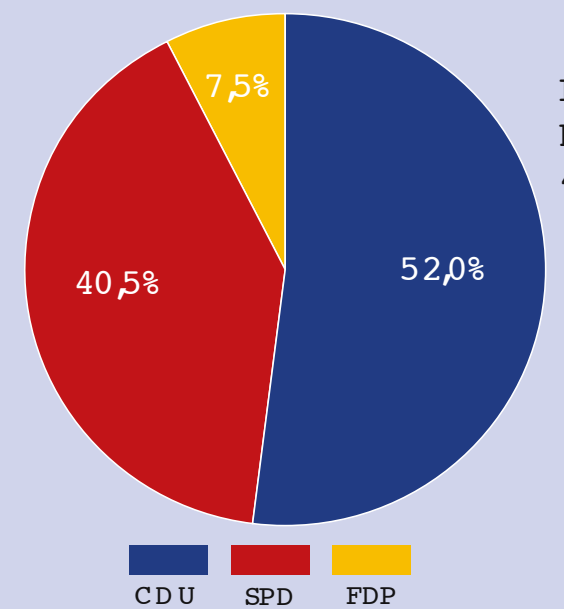
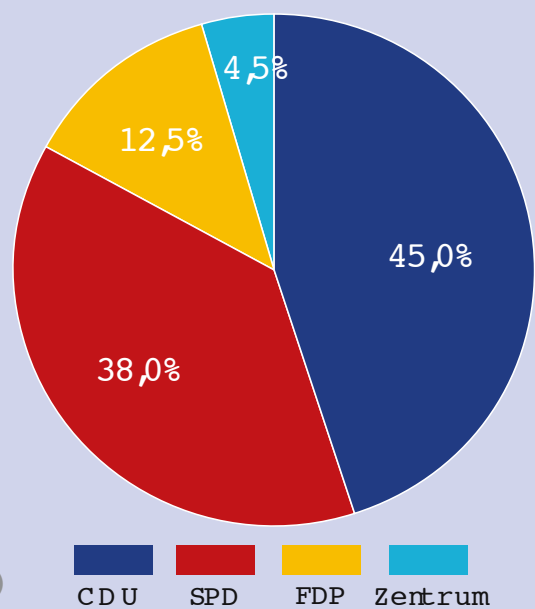
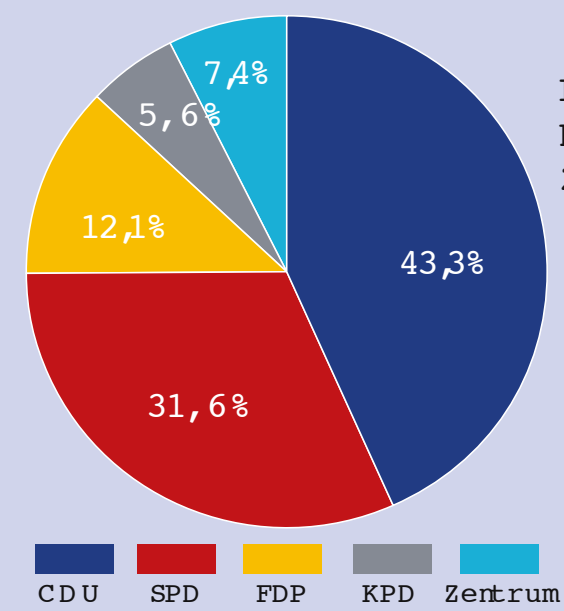
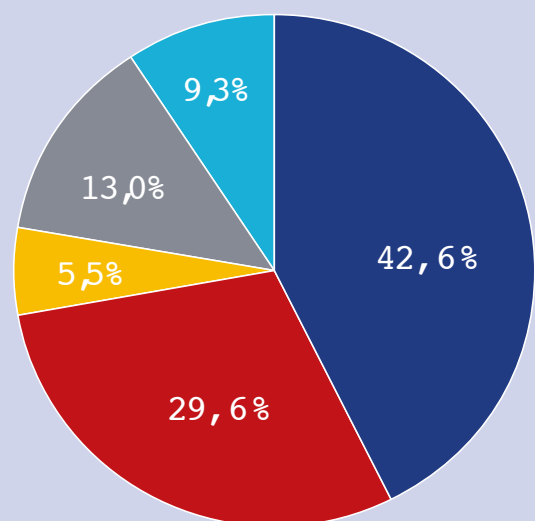
Als Ministerpräsident sah er seine Aufgabe darin, den wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Neuaufbau des Landes rasch voranzutreiben. Es galt, den durch die Besatzungsmächte beschränkten Handlungsspielraum zu nutzen, die Friedens- und Kooperationsbereitschaft der deutschen Seite zu zeigen und übertriebene Forderungen abzuwehren. Arnold protestierte entschieden gegen sinnlose Demonstrationen, belgisch-niederländische Ansprüche auf Grenzgebiete und die Abtrennung des Ruhrgebietes. Anstatt einseitiger Kontrolle, wie im Ruhrstatut beschlossen, schlug er bereits Ende 1948 „die Verflechtung der Schwerindustrie in einem völkerrechtlichen Zweckverband“ – die Europäisierung des Ruhrgebiets – vor, wie sie später in ähnlicher Form in der Montanunion realisiert wurde.

Die Landesverfassung wurde nach wiederholt unterbrochenen Beratungen schließlich 1950 durch den Landtag verabschiedet und per Volksentscheid angenommen. Im zweiten und dritten Kabinett Arnold waren Fragen des Wiederaufbaus, der Wirtschaftsförderung und des sozialen Ausbaus vorrangig. Grundlegende Gesetze und Maßnahmen wurden beschlossen: Landesverfassung, Landesjugendplan, Einsetzung eines Verfassungsgerichtshofs, Landesschulgesetz, Gemeindeordnung, Landschaftsverbandsordnung, Landespolizei, Landesbeamtengesetz, Elektrifizierung der Eisenbahn, Ausbau der „Arbeitsgemeinschaft für Forschung“, um die natur- und geisteswissenschaftliche Forschung zu fördern, Verwaltungsreform, Schaffung einer eigenen Rundfunkanstalt, des WDR.

Aus der Regierungserklärung vom 21. September 1950

Aufgaben der Landesregierung: Stärkung der Demokratie, kommunale Selbstverwaltung, staatspolitische Erziehung der Jugend, Demokratisierung der Wirtschaft, Eingliederung der Heimatvertriebenen, Reform und Kontrolle der Verwaltung, sparsame Haushaltsführung, Begabtenförderung, Ausbau der Hochschulen, Förderung der Wissenschaft, Produktionssteigerung in der Montanindustrie, Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, Wohnungsbau, Erhaltung des bäuerlichen Eigentums.

- 1 Wahlergebnisse.
- 2 Einweihung der Rheinbrücke in Uerdingen, 5. November 1950.
- 3 Jahresversammlung der „Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen“, 1952; 1. Reihe v.li.: Bundespräsident Theodor Heuss, Ministerpräsident Arnold, Kultusminister Christine Teusch, Prof. Otto Hahn; 2. Reihe v. li.: Staatssekretär Prof. L. Brandt.
- 4 Eröffnung der Funkausstellung in Düsseldorf, 18. Mai 1950.
- 5 Besuch des Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard, anlässlich der 1. Druck- und Papiermesse, hier im Ehrenhof, v.li.: OB Gockeln, Erhard, Sternley (Drupa-Präsident), Arnold.
- 6 Flugblatt zur Landtagswahl 1954.



„Die Schlacht im falschen Saal“

Aus der Regierungserklärung vom 25. Juli 1954

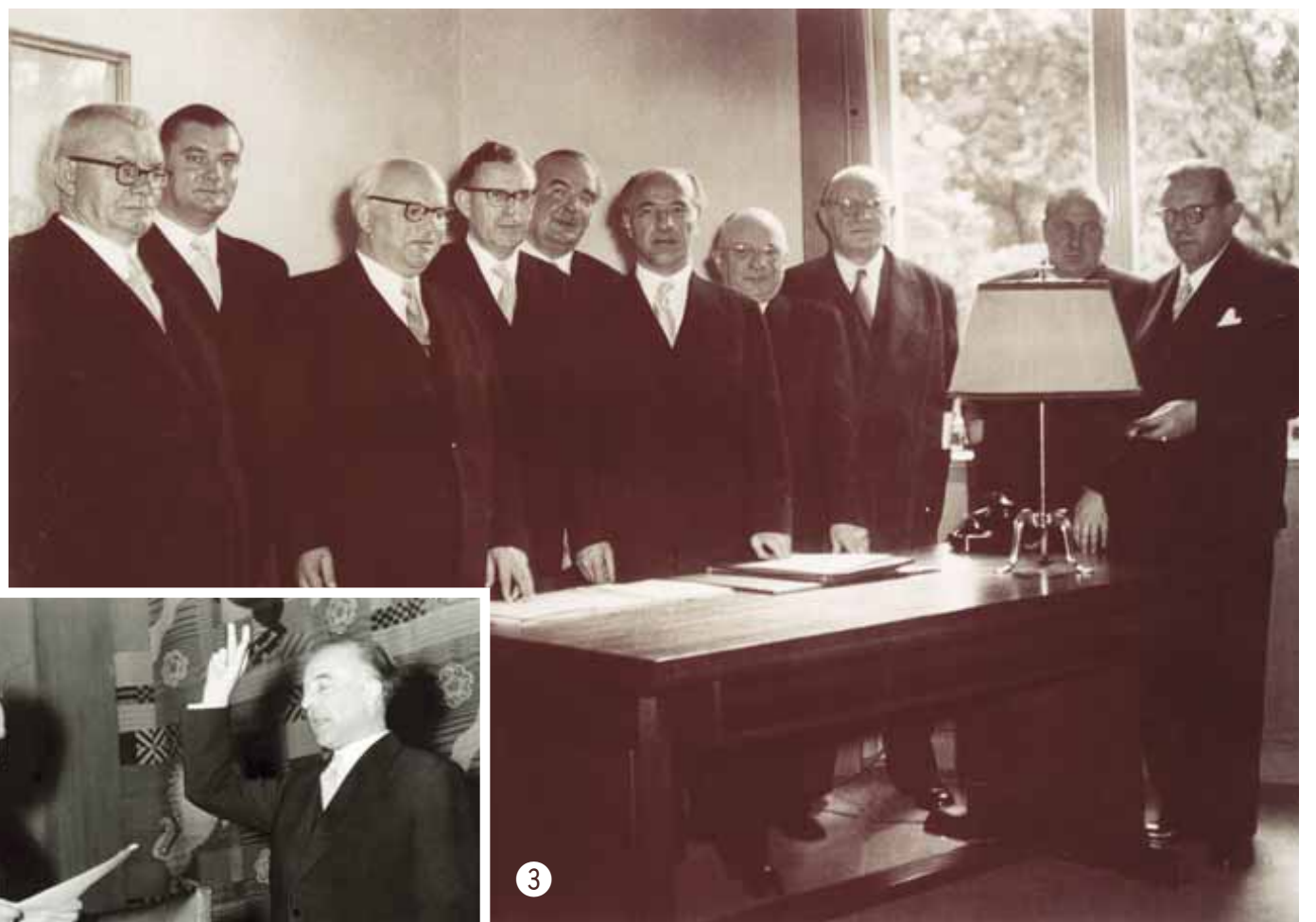
Aufgaben der Regierung: Fortführung der Verwaltungsreform, Kampf gegen Verkehrschaos, Wiedergutmachung, Auf- und Ausbau des Schulwesens, Pflege und Ausbau der Universitäten, Erhaltung des sozialen Friedens, Fürsorge für wirtschaftlich Benachteiligte, Verhinderung der Landflucht, Wohnungsbau.

Der überraschende Sturz Arnolds im Februar 1956 hatte bundespolitische Gründe. Er fand „im falschen Saal“ statt. Aufgrund der Kritik der FDP an den Plänen der Union zur Wahlrechtsänderung und an der Deutschlandpolitik der Bundesregierung stellten einige jüngere Landtagsabgeordnete der FDP mit der SPD einen konstruktiven Mißtrauensantrag gegen Arnold. Am 20. Februar 1956 stimmten 102 der 200 Abgeordneten für den Mißtrauensantrag und wählten den SPD-Fraktionsvorsitzenden Fritz Steinhoff zum Ministerpräsidenten.

Arnolds Ziel war es, nach den nächsten Landtagswahlen wieder die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die CDU gewann am 6. Juli 1958 die absolute Mehrheit in Nordrhein-Westfalen.

Karl Arnold, der über 50 Wahlversammlungen abgehalten hatte, erlebte seinen Erfolg nicht. Er starb eine Woche vor der Wahl, am 29. Juni 1958.

- 1 Regierungserklärung von Ministerpräsident Arnold, 27. Juli 1954.
- 2 Ministerpräsident Arnold bei der Vereidigung durch Landtagspräsident Gockeln, 27. Juli 1954.
- 3 3. Kabinett Arnold, 1954; von li.: Platte (Arbeit), Weyer (Wiederaufbau, FDP), Peters (Landwirtschaft), Middelhaue (Wirtschaft, FDP), Schütz (Kultus), Ministerpräsident Arnold, Flecken (Finanzen), Amelunxen (Justiz, Z), Meyers (Inneres), Sträter (Bundesangelegenheiten).
- 4 Mißtrauensantrag gegen Ministerpräsident Arnold, 16. Februar 1956; v. li.: Staatssekretär Mold, Innenminister Meyers, Arnold.



Im Bundesrat

Die Ministerpräsidenten wirkten bei der Gründung der Bundesrepublik mit. Sie verstanden sich als „Treuhand der deutschen Nation“. Karl Arnold erkannte zwar die Notwendigkeit einer westdeutschen Regierungsinstanz gegenüber den Militärgouverneuren an, setzte sich aber für den provisorischen Charakter der neuen Staatsorgane ein, um die Wiedervereinigung nicht zu behindern. Er befürwortete Bonn als Tagungsort des Parlamentarischen Rates und Sitz der Bundesregierung, da damit auch das Prestige seines Landes wuchs.

Karl Arnold, der immer für einen föderativen Staatsaufbau eingetreten war, sah den Bundesrat als ein Instrument, um die Länderinteressen nachhaltig zu vertreten und auf die Innen- und Außenpolitik der Bundesregierung direkt Einfluß zu nehmen. Als erster Präsident des Bundesrates führte er das Amt mit hoher Sachlichkeit und selbstverständlicher Würde.

Als Vertreter des Bundesrates wie als Ministerpräsident von NRW repräsentierte Arnold die Bundesrepublik Deutschland auch im Ausland und beim Besuch ausländischer Staatsgäste. 1955 gehörte er zur deutschen Delegation, die mit Bundeskanzler Adenauer nach Moskau fuhr.

Wiedervereinigung

„Ein halbes und zerrissenes Deutschland, ein Deutschland unter Vormundschaft, ohne volle Gleichberechtigung und Souveränität, ist kein Ideal für die Jugend und die Kriegsgeneration. Hingegen wird ein Europa von gleichberechtigten Völkern, ein Europa, das zu seiner geistigen Gemeinsamkeit und zu seiner kulturellen Aufgabe in der Welt zurückgefunden hat und dadurch ein lebendiger Schutzwall für Freiheit und Menschenrechte sein kann, nie in Gefahr kommen, von seiner Jugend, von seinen Männern, ja von seinen Völkern nicht verteidigt zu werden!“
(K. Arnold, Essen, 20.11.1950)

Europa

„Wer Europa nicht einigt, handelt wider die wirtschaftliche Vernunft. Wer Europa nicht einigt, der versündigt sich am sozialen Fortschritt, der vernachlässigt die äußere Sicherheit und der untergräbt damit Freiheit und Zukunft unseres Volkes.“
(K. Arnold, Bielefeld, 20.2.1956)

- 1 Eröffnung des Parlamentarischen Rates, 1. September 1948.
- 2 Ministerpräsident Arnold unterzeichnet das Grundgesetz, 23. Mai 1949.
- 3 Bundesratspräsident Arnold besucht Stuttgart; v. li.: Ministerpräsident Reinhold Maier, Arnold, General Gross, General Widmer, Staatspräsident Gebhard Müller; 14. November 1949.
- 4 Ministerpräsident Arnold besucht den bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard, 16. November 1953.
- 5 Galaempfang für das Kaiserpaar von Persien auf Schloß Benrath; v. li.: Frau Arnold, Kaiserin Soraya, Shah Reza Pahlevi, Ministerpräsident Arnold, Februar 1955.
- 6 Staatsbesuch in Moskau, September 1955; li. Seite: deutsche Delegation, Außenminister Heinrich v. Brentano, Bundeskanzler Adenauer, Staatssekretär Walter Hallstein, Ministerpräsident Karl Arnold, Staatssekretär Hans Globke; re. Seite: sowjetische Delegation, Außenminister Wjatscheslaw Molotow und Nikolai Bulganin, Vorsitzender des Ministerrats.



Das „soziale Gewissen der CDU“

„Das Land Nordrhein-Westfalen will und wird das soziale Gewissen der Bundesrepublik sein.“ (Regierungserklärung Arnolds, 1950).

Aufgrund seiner Herkunft und seiner Tätigkeit als Christlicher Gewerkschafter war Arnold ein Vertreter „des linken Flügels der CDU“ und der Sozialausschüsse. Sein Grundanliegen war soziale Gerechtigkeit: Stets setzte er sich für die Interessen der Arbeitnehmer, die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, ihrer Ausbildung und Aufstiegschancen ein.

Nur eine starke Arbeiterschaft, organisiert in einer parteipolitisch neutralen Einheitsgewerkschaft, konnte ihre Interessen durchsetzen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sah Arnold als Partner, deren Verhältnis durch das Mitbestimmungsrecht – die gemeinsame Verantwortung für das Unternehmen – gefestigt würde. Daher förderte er das Montanmitbestimmungsgesetz und das Betriebsrätegesetz mit allen Mitteln.

In den Nachkriegsjahren unterstützte er das Ahlener Programm der CDU, das die Überführung der Grundstoffindustrien in gemeinwirtschaftliche Betriebe vorsah. Genossenschaftliches Eigentum sollte ebenso wie die Beteiligung der Arbeitnehmer am Betriebsvermögen oder der Investivlohn eine möglichst breite Streuung des Eigentums bewirken. Auch der technische Fortschritt schien ihm eine Möglichkeit, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter wesentlich zu verbessern.

„Eigentum für jeden“ sah Arnold nicht nur als Grundlage einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, sondern auch als Voraussetzung einer stabilen Demokratie.

Mitbestimmung

„Wir verabscheuen den Staatskapitalismus und die Bürokratisierung der Wirtschaft, weil unser gemeinschaftliches Ideal den Menschen in den Mittelpunkt stellt, den frei urteilenden und handelnden Menschen. Alle Angehörigen des Betriebes, vom Betriebsleiter bis zum jüngsten Arbeiter, sollen sich nicht als Nummern fühlen, sondern als Persönlichkeiten mit geteilter und verschiedener, aber individueller Verantwortung.“ (K. Arnold, New York Herald Tribune, 9.4.1950)

Privateigentum

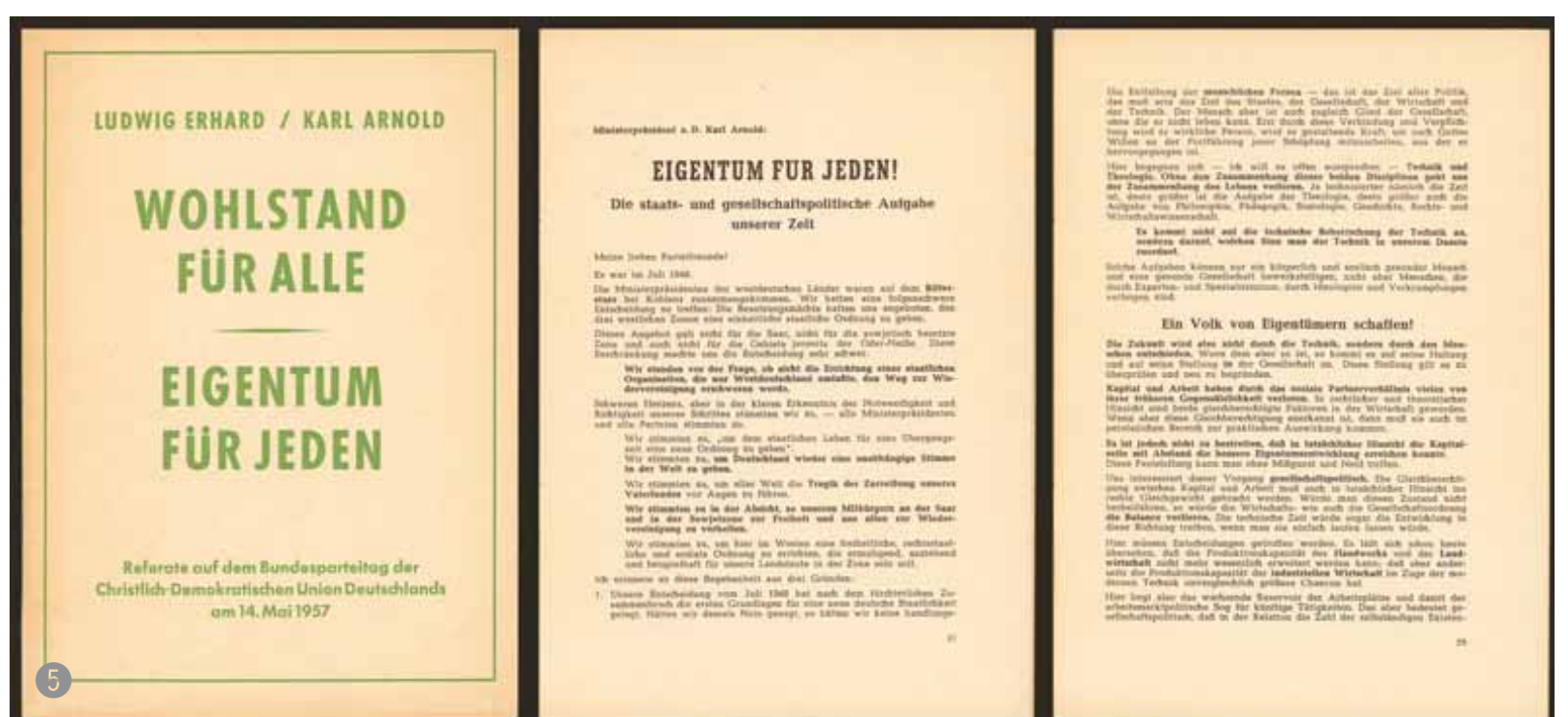
„In einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung ist das private Eigentum entscheidender sozialer Ordnungsfaktor. Durch die Verbreitung dieser Basis werden neue Schichten an dieser Ordnung interessiert. Sie wird dadurch materiell und geistig gefestigt.“ (K. Arnold, Hamburg, 14.5.1957)

Einheitsgewerkschaft

„Die natürliche Solidarität, die aus der gewerkschaftlichen Aufgabe kommt, sollte dazu führen, daß die Sicherung der weltanschaulichen Toleranz und die Einhaltung der parteipolitischen Neutralität nicht als Forderung, sondern als selbstverständliches Anliegen aufgefaßt werden.“ (K. Arnold, Aachen, 12.11.1953)



- 1 Plakat, Landtagswahl 1947.
- 2 Ministerpräsident Arnold, Bundeskanzler Adenauer, Landtagspräsident Gockeln und Bundesminister Jakob Kaiser in Düsseldorf, anlässlich des Parteitags der CDU-Rheinland, am 1. Dezember 1949.
- 3 Johannes Albers und Ministerpräsident Arnold, Bundesparteitag 1954.
- 4 Bundesparteitag in Hamburg, 1957; v. li.: Bundesarbeitsminister Anton Storch, Karl Arnold, Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard, Franz Meyers.
- 5 „Eigentum für jeden“, Rede Arnolds auf dem Bundesparteitag am 20. Mai 1957 in Hamburg, Textauszug.



Mit Karl Arnold – für Konrad Adenauer

Die Zentrums Politiker Karl Arnold und Konrad Adenauer kannten sich seit den 20er Jahren. Nach 1945 begegneten sie sich in der CDU-Rheinland, als Abgeordnete im Landtag von NRW, als Ministerpräsident und Bundeskanzler.

Sachliche Gegensätze, aber auch Gemeinsamkeiten prägten ihr persönliches Verhältnis. Die Spannungen resultierten aus ihrer unterschiedlichen Herkunft und politischen Zielsetzung: der Ministerpräsident, der eine progressive Sozialpolitik in Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten verwirklichen wollte, und der erfahrene Parteivorsitzende und Gründungskanzler, der den wirtschaftlichen Wiederaufbau auf dem Weg der Sozialen Marktwirtschaft verwirklichen und die Demokratie durch den Wettbewerb mit einer starken Opposition festigen wollte.

Deutlich wurden die Konflikte besonders 1949 bei der Bildung der ersten Bundesregierung, die gegen den Willen Arnolds ohne Beteiligung der SPD erfolgte, bei der Wahl Arnolds zum Präsidenten des Bundesrates gegen den Willen Adenauers, und 1950 bei Bildung der Regierungskoalition in Nordrhein-Westfalen ohne Beteiligung der SPD gegen die Absicht Arnolds.

Arnold unterstützte aber die Außenpolitik von Bundeskanzler Adenauer, die europäische Einigung, die Verteidigung der Freiheit und die Wiederaufrüstung sowie den Beitritt zur NATO als Schutz vor sowjetischer Bedrohung.

Sachliche Differenzen hielt Arnold nicht für ungewöhnlich in einer großen Volkspartei: *„Wir leben aus der Vielfalt. Wir sind kein Einheitsbrei. Die Vielfalt macht stark und gibt uns geistige Kräfte.“*

Karl Arnold, der Reformpolitiker mit Leidenschaft und Augenmaß, zeichnete sich durch entschlossenes Handeln, Verantwortungsbewußtsein, Pragmatismus, Mut zum Ausgleich und Glaubwürdigkeit aus.

Freiheit und Menschenwürde

„Der unerhörte Erfolg der Christlich-Demokratischen Union beruht darauf, daß sie nicht voraussetzungslos, sondern aus einer weltanschaulichen Sicht politisch gestalten will. Diese Sicht ist zugleich zeitlos und von höchster Aktualität; sie basiert auf dem christlichen Ordnungsbild des Menschen, und zwar des Menschen in der Gesellschaft, die sich wohl in mancher Beziehung und in ihrer äußeren Form ständig wandelt, die sich aber – in dem, was den Begriff der Menschenwürde und den christlichen Freiheitsbegriff angeht – unverändert seit fast zwei Jahrtausenden erhalten hat.“
(K. Arnold, Bochum 2.9.1955)

- 1 Bundeskanzler Adenauer gratuliert Ministerpräsident Arnold, ca. 1950, im Hintergrund Georg Schulhoff, Präsident der IHK Düsseldorf.
- 2 Bundesparteitag in Köln, 1954, Ministerpräsident Arnold und Bundeskanzler Adenauer.
- 3 Sitzung des Landespräsidiums NRW, April 1957, v. li.: OB Ernst Bach (Siegen), Bundeskanzler Adenauer, Arnold (Vorsitzender des Landespräsidiums), Rainer Barzel (Geschäftsführer).
- 4 Kundgebung mit Ministerpräsident Arnold zur Bundestagswahl, August 1949.
- 5 Arnold und Bundeskanzler Adenauer bei einer Wahlversammlung in Düsseldorf, 8. Juni 1958.

